

Mit dem Streit über den „blauen Brief“ hatte sich die deutsche Politik selbst in eine Situation manövriert, in der sie nur noch verlieren konnte. Wenn trotz des Protestes seitens der Bundesregierung die Warnung abgeschickt worden wäre, so wäre offenbar geworden, dass Deutschland sich nicht durchsetzen konnte. Gegen die Kommission anzutreten und dann zu verlieren ist unangenehm. Peinlich ist die beinahe erfolgte Warnung jedoch allemal und ungelegen kommt sie in einem Wahljahr überdies. Doch dadurch, dass die Warnung, so wie jetzt entschieden, in Brüssel bleibt, verliert die Kommission an Ansehen und der Stabilitätspakt ist stark geschädigt. Es ist schwer vorstellbar, dass er jemals wieder ernst genommen wird. Stattdessen zeigt sich, was immer befürchtet wurde: Der Stabilitätspakt sei deshalb nicht ernst zu nehmen, weil er im Zweifelsfall „politisch“ interpretiert werden würde. Somit bedeutete der Streit von Anfang an, dass entweder Deutschland verlieren würde oder der von Deutschland ins Spiel gebrachte Stabilitätspakt.

Die Ironie der Situation ist offenbar: ausgerechnet das Land, das auf die fiskalischen Kriterien im Vertrag von Maastricht und den Stabilitätspakt bestanden hat, findet sich jetzt in der Situation des fiskalischen Sünders wieder. Dabei wären die Folgen einer offiziellen Warnung ohnehin „nur“ politischer Art, denn Sanktionen, wie sie der Pakt bei einer Verletzung der 3%-Defizitregel vorsieht, sind mit der Warnung durch die Kommission nicht verbunden. Der politische Schaden, der jetzt durch den gemeinsamen Druck einiger Länder auf die Kommission entstanden ist, ist mindestens ebenso groß.

Die Bundesregierung wehrte sich mit dem Argument, es seien im Wesentlichen negative externe Einflüsse für das Defizit verant-



Carsten Hefeker

Geschädigter Stabilitätspakt

wortlich, und leitete daraus ab, dass die Warnung nicht gerechtfertigt sei. Das ist natürlich Unsinn: entweder die 3%-Grenze gilt oder sie tut es nicht. Nach den Gründen für das Defizit wird ganz zu Recht auf dieser Stufe nicht gefragt. Das Defizit, wie auch vorgeschlagen, nur konjunkturbereinigt zu berechnen, macht keinen Sinn, da die Grenze dadurch völlig beliebig wird. Außerdem sind die zyklischen Elemente im Pakt bereits berücksichtigt. Wie anders ist die Vorgabe zu verstehen, dass das Budget in normalen Zeiten ausgeglichen sein soll, denn dann bleiben immerhin im Umfang des 3%-Defizits Spielraum für konjunkturelle Dellen. Bei den 3% nochmals Sondereinflüsse zu berücksichtigen, stellt die ganze Logik auf den Kopf. Außerdem werden bei der Verhängung von später vorgesehenen Sanktionen die Gründe berücksichtigt; ein Rückgang des Bruttosozialprodukts von mehr als 2% führt automatisch zur Aussetzung von Sanktionen gegen ein exzessives Defizit.

Der Streit über den blauen Brief zeigt leider deutlich das Dilemma der fiskalischen Koordination in Europa. Auf der einen Seite soll

der Pakt die fiskalische Stabilität der Mitgliedsländer absichern, um damit Druck auf die Zentralbank zu vermeiden. Entsprechend begrüßt die EZB das Instrument und dringt auf die Umsetzung der Vorschriften. Die Gefahr des Pakts ist auf der anderen Seite, dass er prozyklisch wirkt und die Lage eines Landes in der Rezession tendenziell eher verschlimmert. Aber das ist der Preis für eine stabilitätsorientierte Fiskalpolitik, der insbesondere auch von Deutschland eingefordert wurde. Jetzt sollte es auch den Mut haben, damit zu leben. Stattdessen zeigt sich, dass im Zweifelsfall dann doch politischer Druck benutzt wird, um unangenehme Entscheidungen zu torpedieren. Auf dieser Grundlage kann man kaum von einer sinnvollen fiskalischen Kooperation und Kontrolle sprechen. Und dass ein Pakt, der im Zweifelsfall ausgesetzt wird, die Glaubwürdigkeit der Fiskalpolitik und damit auch die Unabhängigkeit der Zentralbank stützt, kann niemand glauben.

Stattdessen sollte die Regierung klar die Vorgaben aus Brüssel akzeptieren und die nicht offizielle Warnung als eine Bestätigung ihres fiskalpolitischen Kurses interpretieren. Die Warnung aus Brüssel ist eben auch eine Warnung an alle Gebietskörperschaften und Ministerien in Deutschland, dass die fiskalische Situation ernst ist. Sie zeigt, dass keine Alternative zur Sparpolitik besteht. Und dies ist nicht nur ein Problem für die Regierung, sondern auch für die Opposition. Die Situation zwingt auf absehbare Zeit jede Regierung in Deutschland, ganz genau zu erklären, wie Ausgaben bezahlt werden sollen. Von daher sollte der blaue Brief gerade im Wahljahr begrüßt werden. Er ist eine gute Erinnerung daran, dass Versprechen auch bezahlt werden müssen. Diesen Effekt hat hoffentlich auch der nicht abgeschickte Brief.